

Die Frage der Kohlenversorgung.

N Berlin, 16. Febr. (Priv.-Tel.) Der Berg.-Stat. be-
 schäftigte die Staatshaushaltskommission des
 Abgeordnetenhauses. Ein konservativer Abgeordneter verlangt
 Auskunft, wie die Kohlenversorgung geregelt sei. Für die Land-
 wirtschaft müsse jetzt in erster Linie gesorgt werden, um das Aus-
 brechen zu beschleunigen. Er wünsche ferner Auskunft, ob nach
 dem Kriege eine größere Kali-Ausfuhr zu gewärtigen sei.
 Der Oberberghauptmann teilte mit, daß die Selbstkosten der
 Oberberghauptmann teilte mit, daß die Selbstkosten der
 Staatsbergwerke erheblich gestiegen seien und zwar infolge
 höherer Löhne und geringerer Abfälle bei den Steinlöhlen. Im
 Blei- und Erzbergbau und im Hüttenbetriebe sei glänzend
 gearbeitet worden. Er stellte ausdrücklich fest, daß die
 Steinlöhlenwerke nicht nur das Inland, sondern auch
 das in Betracht kommende neutrale Ausland mit
 Kohlen versorgen könnten. Schwierigkeiten be-
 ständen nur hinsichtlich der Abfuhr, und wenn Stö-
 rungen eingetreten sind, so sei das lediglich die Folge der
 schwierigen Transportverhältnisse. Bezüglich des Kaliberg-
 baus betonte er, daß auch nach dem Kriege uns das Wel-
 handelsmonopol bleiben würde. Ein Volksparteiler
 nahm Stellung gegen die übermäßige Kohlenpreistreiberi, die
 nicht durch die Erzeugungskosten gerechtfertigt sei, und ver-
 langt das Eingreifen des Ministers, der namentlich bei dem
 Kohlenyndikat mächtigere wirken könne. Er fragt die Regie-
 rung, wie sie sich zu der event. Festsetzung von Koh-
 lenhöchstpreisen stelle, — eine Frage die lei-
 der unbeantwortet blieb. Der Minister führte aus,
 daß infolge der Beteiligung des Staates an den Syn-
 dikaten natürlich ein Einfluß auf die Preisgestaltung
 vorhanden sei. Vor jeder Erhöhung der Kohlen-
 preise müsse dem Ministerium Mitteilung gemacht werden.
 Er habe sich die jüngste Kohlenpreiserhöhung lange überlegt.
 Die Erhöhung sei ja nicht so bedeutend, aber auf dem Wege bis
 zum Verbraucher trete natürlich eine weitere Verteuerung ein.
 Dabei erwähnte er, daß man z. B. in Berlin für ein Geschirr
 zur Kohlenabfuhr täglich 100 Mark beanspruche. Ein So-
 zialdemokrat bedauerte, daß jetzt alle Mitteilungen über
 die Höhe der Förderung fehlen, die natürlich auf den Kohlen-
 preis einwirkten. Die Kohlenpreise seien viel zu hoch. Das
 Interesse der Allgemeinheit ist nach seiner Meinung bei der
 letzten Kohlenpreiserhöhung nicht genügend gewahrt worden.
 Neben den Richtpreisen hätten vor allem Verkaufspreise
 festgesetzt werden müssen. Er warnt davor, etwa zum 1. April
 eine weitere Erhöhung der Preise vorzunehmen. Der Mini-
 ster wies nochmals darauf hin, daß die Kohlenpreiserhöhung,
 wie sie vorgenommen sei, den Werken keinen übermäßigen Vor-
 teil verschaffe, namentlich wenn man die starke Kohlenpreiser-
 höhung in England berücksichtige. Ein nationallibera-
 ler Redner stellt fest, daß die Kohlenpreiserhöhungen sehr
 minimal seien. Die Gestehungskosten seien gewaltig ge-
 stiegen. Die Selbstkosten würden meistens gar nicht bedacht.
 Das Arbeitsmaterial habe sich verschlechtert, die Leistungen
 gingen herab. Deswegen habe die Preiserhöhung kommen
 müssen. Es sei eine Uebertreibung von einer Preiserhöhung
 zu sprechen, die für die Allgemeinheit schädlich sei. Er ver-
 langt, daß die Staatsregierung dem Aufkauf mitteldeutscher
 Braunkohlenfelder durch ausländische Kohlenmagnaten größte
 Aufmerksamkeit widme.

Der Minister macht längere Ausführungen über die
 Bestrebungen ausländischer Kapitalisten in den
 mitteldeutschen Braunkohlenbetrieben in den
 zu fassen. Das Eindringen dieser Ausländer in die Braun-
 kohlenindustrie habe diese selbst verschuldet. Der Staat ver-
 folge die Entwicklung aufmerksam, aber es sei schwierig, hier
 Abhilfemaßnahmen zu erarbeiten. Sollte man etwa dem Staate
 Einfluß auf den Verkauf sichern? Das würde große Mittel
 erfordern, oder solle man ein Reichsmonopol schaffen?

Ein Zentrumredner erklärt, gegen die Preis-
 politik habe seine Partei bis jetzt nichts einzuwenden. Gegen
 übermäßige Teuerung möge die Staatsregierung nur ein-
 schreiten. Der Sozialdemokrat bedauert nochmals, daß
 der Staat so wenig Einfluß auf den Braunkohlenabbau habe.
 Dort werde jetzt vielfach Raubbau getrieben.

Damit sind die Einnahmen erledigt. Die Verzinsung der
 Ausgaben wird vertagt.

Sächsisches Kohlenregal.

O Kus Sachsen, 14. Febr. Die sächsische Regierung will
 bekanntlich ein Kohlenregal einführen und wird einen
 entsprechenden Gesetzentwurf dem im März oder April zu-
 sammentretenden Landtage vorlegen. Der Entwurf ermäch-
 tigt die Regierung sämtliche noch freien Kohlenfelder zu er-
 werben und entweder selbst abzubauen oder das Abbaurecht
 an andere Unternehmer zu übertragen. Es sollten bei der
 Bewirtschaftung der Kohlenfelder nicht vorwiegend fiskalische,
 sondern Interessen des Gemeinwohls und besonders der säch-
 sischen Industrie berücksichtigt werden. Die Regierung ver-
 langt das Regal, um der Preistreiberi im Handel
 mit Kohlenfeldern ein Ende zu machen. Dieser Preistre-
 iberi tritt ein bereits vom letzten Landtage beschlossenes
 Sperrgesetz entgegen, das Ende Oktober d. J. erlischt. Bis
 dahin muß der Landtag sich über das Regal schlüssig gewor-
 den sein.